

A18

Antrag

**an die ordentliche Landesversammlung am 17./18.10.2015 in Bad Windsheim.
Möglicher Antragsschluss für Änderungsanträge: 9. Oktober, 12 Uhr.**

AntragsstellerIn: KV Fürstenfeldbruck

Gegenstand: Zur Situation junger Flüchtlinge in Bayern

Antragstext

1 In diesen Tagen und Wochen zeigt Bayern zwei ganz unterschiedliche Gesichter.
2 Engagierte Bürgerinnen und Bürger empfangen tausende Flüchtlinge mit Applaus am
3 Münchner Hauptbahnhof. Die Bilder von helfenden Händen und erschöpften aber
4 lächelnden Flüchtlingen gehen um die Welt. Szenen wie diese zeigen wie eine echte
5 und menschliche Willkommenskultur aussehen kann. Es sind Bilder, die Mut machen
6 und großen Respekt verdienen.

7 Auf der anderen Seite übertreffen sich Staatsregierung und CSU-Funktionäre mit
8 populistischen Parolen, schüren mit Begriffen wie „massenhafter Asylmissbrauch“
9 oder „Einwanderung in die Sozialsysteme“ diffuse Ängste und gießen Öl ins Feuer
10 derer, die tatsächlich bereit sind, Feuer zu legen.

11 In einer Zeit, in der besonnenes und tatkräftiges Handeln wichtiger ist denn je,
12 zeigt sich die bayerische Staatsregierung populistisch und offenbart auf
13 erschreckende Art und Weise Verantwortungslosigkeit gegenüber jenen, die
14 besonders schutzbedürftig sind.

15 Über die Hälfte der Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die heute in München und
16 andernorts ankommen, ist unter 25 Jahre alt und ihre Zahl wird in Zukunft weiter
17 zunehmen. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen besonderen Schutz und
18 Unterstützung. Es gilt heute anzuerkennen, dass viele der Flüchtlinge angesichts
19 der zahlreichen Krisen und Konflikte weltweit auf absehbare Zeit nicht in ihre
20 Heimatländer zurückkehren können.

21 Der Zugang zu guter Bildung und Ausbildung ist gerade für junge Menschen Anker
22 und Zukunftshoffnung zugleich: Kita, Schule, Betrieb oder Hochschule schaffen

23 nicht nur einen neuen Alltag, sondern sichern berufliche Perspektiven und sind
24 der erste Schritt in ein selbstbestimmtes Leben. Deswegen brauchen junge
25 Flüchtlinge möglichst schnell uneingeschränkter Zugang zum deutschen
26 Bildungssystem. Von ihrer frühen und umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe
27 profitieren sie selbst, aber auch die deutsche Gesellschaft.

28 Es ist die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam mit
29 der Zivilgesellschaft dafür Sorge zu tragen, dass junge Flüchtlinge den Schutz
30 erhalten, den sie benötigen und möglichst schnell und umfassend
31 gleichberechtigte Teilhabe an der deutschen Gesellschaft erlangen:

32 Wir fordern die bayerische Staatsregierung deshalb auf:

- 33 • Der Forderung der Wirtschaft nach einem gesicherten Bleiberecht für
34 die Zeit der Berufsausbildung unverzüglich Rechnung zu tragen, indem
35 sich die bayerische Staatsregierung auf Bundesebene für eine
36 rechtssichere Bleiberechtsregelung für junge Flüchtlinge während der
37 Berufsausbildung und einer anschließenden zweijährigen Berufsphase
38 einsetzt. Solange diese Bundesregelung nicht zufriedenstellend
39 erreicht ist, müssen junge Flüchtlinge in Ausbildung über
40 entsprechende Landesverordnungen vor einer Abschiebung geschützt
41 werden;
- 42 • Sicherzustellen, dass junge Flüchtlinge umgehend nach ihrer Ankunft
43 vollumfänglichen Zugang zu vorschulischer Betreuung und schulischer,
44 berufsschulischer und betrieblicher Bildung erhalten, um eine möglichst
45 schnelle Teilhabe an der Gesellschaft zu gewährleisten;
- 46 • Die Schulen und Berufsschulen des Freistaates so auszustatten, dass
47 alle jungen Flüchtlinge vom ersten Tag an Zugang zu zusätzlicher
48 Sprachförderung erhalten, damit eine Überführung in den
49 Regelunterricht möglichst zeitnah gewährleistet werden kann. Dafür
50 müssen die so genannten Übergangsklassen finanziell und personell
51 ausgebaut werden.
- 52 • Sich gemeinsam mit dem Bund dafür einzusetzen, dass die bayerischen
53 Kommunen angemessen unterstützt und finanziell ausgestattet werden, um
54 die besonderen Bedürfnisse minderjähriger Flüchtlinge im Sinne der UN-
55 Kinderrechtskonvention zu gewährleisten. Besonders zu berücksichtigen
56 sind dabei die Vorrangigkeit von Kindesinteressen gerade im Hinblick
57 auf ausländerrechtliche Entscheidungen sowie die konsequente
58 Verbesserung der Lebenssituation von Minderjährigen und die
59 Gewährleistung verbindlicher Standards bei der Inobhutnahme
60 minderjähriger Flüchtlinge.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.